

Dr. Christoph Bühler
Die DDR
Texte für Schule und Studium

Heidelberg 2006
Rohmanuskript

Von der Sowjetischen Besatzungszone zur DDR	730
Die Gründung der DDR	730
Der 17. Juni 1953	733

Von der Sowjetischen Besatzungszone zur DDR

Die Gründung der DDR

Wie bereits oben dargestellt, blieb die Sowjetunion in ihrer Deutschlandpolitik noch recht lange flexibel. Auf der einen Seite versuchte sie, indem sie im Hinblick auf die künftige Organisation Deutschlands vollendete Tatsachen schuf, die anderen Alliierten auf ihre Linie festzulegen, andererseits vermied sie alles, was auf eine alleinige Einbeziehung ihrer Besatzungszone in ihren Machtbereich hindeuten hätte können. Ihr Maximalziel war ganz Deutschland, und sei es auch "nur" unter einem entmilitarisierten und neutralisierten Status. Die nächste Ebene ihrer Politik bestand aus Eingriffs- und Kontrollrechten in ganz Deutschland, was besonders in der Frage der Ruhrkontrolle und der Währungsreform zum Ausdruck kam. Erst wenn diese beiden Möglichkeiten versperrt waren, rückte die Organisation der sowjetischen Besatzungszone als eigener Staat in den Blickpunkt.

Die Sowjetunion ließ vor allen anderen Alliierten bereits am 10. Juni 1945 politische Parteien in ihrer Zone zu. Es entspricht der massiven Unterstützung, die sie den Kommunisten zukommen ließ, dass die KPD am darauf folgenden Tag wiedergegründet wurde. Schon vorher konnten jedoch "linientreue" Kommunisten (unter ihnen Walter Ulbricht), die in Moskau die stalinistischen Säuberungen überstanden hatten und jetzt im Gefolge der Roten Armee nach Deutschland kamen, auf Anweisung der Armeeführung die Schlüsselpositionen in der deutschen Zivilverwaltung besetzen. So wurde am 14. Mai 1945 vom sowjetischen Stadtkommandanten ein Magistrat für Groß-Berlin eingesetzt, in dem (bei 16 Mitgliedern) 8 Kommunisten die wichtigsten Positionen innehatten.

Nachdem am 5. Juli die LDPD als vierte Partei gegründet war, schlossen sich diese vier Parteien – KPD, SPD, CDU und LDPD – zur *"Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien"* (Antifa-Block) zusammen, um den politischen Wiederaufbau Deutschlands gemeinsam in die Wege zu leiten. Da der gemeinsame Block-Ausschuß nur einstimmig Beschlüsse fassen konnte, war die KPD vor gegen sie gerichteten Koalitionen oder anderen Bündnissen geschützt.

In der Absicht, das Potential der SPD als Massenpartei für die politische Ordnung in der SBZ zu nutzen und die KPD aus ihrem Minderheitenstatus herauszuführen, verlangten KPD und sowjetische Besatzungsmacht den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien zu einer sozialistischen Einheitspartei. Unter massivem Druck der Besatzungsbehörden gab die SPD-Führung unter Otto Grotewohl nach und willigte am 10. 2. 1946 in die Vereinigung mit der KPD ein. Auf dem Vereinigungsparteitag am 20. und 21. 4. 1946 wurde schließlich die Verschmelzung zur SED (Sozialistische

Einheitspartei Deutschlands) vollzogen. Die anfänglichen ideologischen und personellen Zugeständnisse an die SPD wurden jedoch bald zurückgenommen.

Im Zug der "Wende" in der DDR lehnte der Sonderparteitag der SED im Dezember 1989 zwar die Selbstaflösung ab, änderte jedoch den Parteinamen zunächst in SED-PDS ("Partei des demokratischen Sozialismus"), dann in PDS allein. Der sprachliche Anklang an Sozialdemokratie und SPD war offenbar beabsichtigt.

In Berlin konnte die SPD auf Grund des Viermächtestatus der Stadt ihre Selbständigkeit wahren; in den Westsektoren ergab eine Urabstimmung der Mitglieder eine überwältigende Ablehnung einer Vereinigung (82 %). Im Ostsektor blieb die Partei nominell noch bis 1961 bestehen und löste sich dann auf. Nach der November-Revolution 1989 in der DDR wurde auch eine neue sozialdemokratische Partei SDP gegründet, die sich in die Tradition der Sozialistischen Internationale stellte. Sie nahm bald darauf den Namen der bundesdeutschen SPD an und wählte in bewußter Betonung der deutschen Einheit Willy Brandt zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

Unter der Dominanz der KPD, später der SED, ging der Einfluß und das reale politische Gewicht der Blockparteien zurück (im Volksmund bald "Blockflöten" genannt); die Parteien selbst wurden willige Hilfsorgane der SED, obwohl viele mit dem Eintritt in eine von ihnen den Eintritt in die SED vermeiden konnten.

Parallel zum Aufbau der Parteien ging der Aufbau der Massenorganisationen vor sich, die bald die Alleinherrschaft der Kommunisten pseudo-pluralistisch verbrämen sollten. So wurden die Sozialdemokraten bald nach der Gründung des "Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes" (15. 6. 1945), der die alte Spaltung der Arbeiterbewegung (Allgem. Dt. Gewerkschaftsbund, christl. Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine) überwinden sollte, durch die Kommunisten zurückgedrängt. Auch die Ende Juli 1945 genehmigten "Jugendausschüsse", die die spätere "Freie Deutsche Jugend" (FDJ) vorbereiteten, standen von Anfang an unter dem Einfluß kommunistischer Funktionäre (Erich Honecker).

Wie in den lokalen Verwaltungen erhielten die Kommunisten auch in den schon im Juli 1945 von der SMAD gegründeten "Zentralverwaltungen" Schlüsselstellungen, wohl mit der Absicht, diese Positionen bei der Übernahme dieser Verwaltungsorgane für alle Besatzungszonen beizubehalten. Der Aufbau dieser Verwaltung ging Hand in Hand mit der rigorosen Entfernung aller Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben. Die Entnazifizierung betraf so über 500000 Personen und wurde gründlicher durchgeführt als in den Westzonen.

In der Demontagepolitik verfolgte die UdSSR konsequenter als die Westmächte ihren eigenen Vorteil. Angesichts des bevorstehenden Einzugs der Westalliierten in die Berliner Westsektoren demontierten die Sowjets zunächst hier die Industrieanlagen und später erst die des Ostsektors. Die

Demontage der Industrieanlagen umfaßte bis Ende 1946 über 1000 Betriebe, vor allem wurde – was die Transportkapazitäten erheblich einschränkte – fast überall das zweite Bahngleis abgebaut. Die 200 wichtigsten und größten Betriebe (mit einem Produktionsanteil von 25 %) gingen als "Sowjetische Aktiengesellschaften" in den Besitz der Sowjetunion über. Angaben über die Reparationsleistung der DDR an die Sowjetunion schwanken zwischen 66 Milliarden Mark (westliche Schätzung) und 18 Milliarden (eigene Angaben der DDR).

Tief in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefüge der SBZ griff die Bodenreform ein, die über 3 Millionen ha oder 35 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche umfaßte. Zwei Drittel dieser Fläche wurden an Landarbeiter, Umsiedler und Kleinbauern verteilt, was jedoch in aller Regel zu wenig war, um rentabel wirtschaften zu können. Der Zusammenschluß zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), wie er seit 1952 betrieben wurde, war also bereits vorgezeichnet. Auch der Handel wurde mit der Gründung einer Staatlichen Handelsorganisation (HO) im Oktober 1948 dem staatlichen Einfluß unterworfen.

Mit der Verstaatlichung der Schwerindustrie im Sommer 1946 ging die SMAD einen weiteren Schritt weg von der Potsdamer Vereinbarung, Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht als Einheit zu behandeln. Diese Verstaatlichung betraf bis zum Frühjahr 1948 über 10000 Unternehmen, die damals bereits 40 % der Produktion deckten. Die Wirtschaft war damit frei für eine Umstellung auf "Volkseigene Betriebe" (VEB) und staatliche Planung.

In den ersten Gemeindewahlen (am 1. 9. 1946 in Sachsen) errang die SED durch die Unterstützung der SMAD und die Behinderung anderer Parteien 53 % der Stimmen (LDPD 22 %, CDU 21 %). Auch die Gemeindewahlen in Thüringen und Sachsen-Anhalt am 9. 9. zeigten ein ähnliches Bild, das nur durch größere Städte, wo die SED in der Minderheit blieb, relativiert werden konnte. Dieses Ergebnis setzte sich auch in den Kreis- und Landtagswahlen am 20. 10. 1946 fort, in denen LDPD und CDU zusammen mehr Stimmen als die SED erhielten. Die Wahlen zum Berliner Magistrat jedoch, bei denen die SPD frei kandidieren konnte, zeigten die wahre Stärke der SED, die im gesamten Stadtgebiet lediglich auf 19,8 % der Stimmen kam. Die SPD errang dagegen 48,7 %, die CDU 22,1 %, die Liberalen 9,4 %.

Ein weiterer Schritt der SED auf dem Weg zur politischen Alleinherrschaft war die Einberufung eines "Deutschen Volkskongresses" am 6./7. 12. 1947, zu dem Parteien und Massenorganisationen Delegierte entsandten. Der erste Volkskongreß war nicht auf die SBZ beschränkt, etwa ein Drittel der Mitglieder kam aus den Westzonen. Ziel des Volkskongresses sollte sein, eine Stellungnahme zur Londoner Außenministerkonferenz (25. 11.–15. 12. 1947) abzugeben, was in Wirklichkeit hieß, die sowjetische Haltung zu unterstützen. In der ablehnenden Haltung der CDU zu diesem Volkskongreß

zeigten sich die wachsenden Spannungen zwischen ihr und der SMAD, die dann am 20. 12. zur Absetzung von Jacob Kaiser und Ernst Lemmer von der Parteiführung führten.

Mit der Verhärtung des ideologischen Kurses der Sowjetunion, die sich besonders in den Spannungen zwischen Stalin und dem jugoslawischen Parteichef Tito und in der Gründung des Kominform im September 1947 zeigte, mußte auch die SED auf den orthodoxen Kurs Moskaus einschwenken. "Säuberungen" innerhalb der Partei, die Abschaffung der mit der SPD vereinbarten paritätischen Besetzung und die Ablehnung eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus machten aus der SED eine Partei streng stalinistischen Zuschnitts. Der "Demokratische Zentralismus", also die strikte Unterordnung unter die jeweilige Führung, wobei Wahlen zur rein akklamatorischen Bestätigung wurden, wurde auf der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 zum Prinzip des Parteaufbaus erhoben. Gleichzeitig übernahmen ein Politbüro, ein Parteisekretariat und ein Zentralkomitee nach sowjetischem Muster die Führung der Partei. Das Bekenntnis zur "führenden Rolle der Sowjetunion" wurde verpflichtend.

Der im März 1948 zusammengetretene 2. Deutsche Volkskongreß, dem nach dem Verbot der Volkskongreßbewegung in den Westzonen nur noch Mitglieder aus der SBZ angehörten, wählte die 400 Mitglieder des Deutschen Volksrats, in dessen Präsidium die Parteien und Massenorganisationen der Zone vertreten waren. Auch der 3. Volkskongreß im Mai 1949 wählte seinerseits den (2.) Deutschen Volksrat und nahm am 30. 5. 1949 einen von der SED ausgearbeiteten Entwurf einer Verfassung an. Auf deren Grundlage konstituierte sich am 7. 10. 1949 in Ost-Berlin der Volksrat als "Volkskammer", die die Verfassung des Volksrates ratifizierte. Damit war die Deutsche Demokratische Republik gegründet.

Der 17. Juni 1953

Die Systemkrise innerhalb der DDR, die den Aufstand auslöste, ergab sich aus den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz der SED 1952, die den vorrangigen Aufbau der Schwerindustrie als Mittel zur Durchsetzung des Sozialismus in der DDR gefordert hatte. Die drauf folgende Verschlechterung der Versorgungslage in der Bevölkerung führte seitens der SED zu schärferen Reglementierungen und zur Bevorzugung der Arbeiterschaft in den Betrieben.

Am 28. Mai 1953 beschloss das ZK des SED eine Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 %, um die Planerfüllung sicherzustellen. Versorgungsschwierigkeiten und Planerhöhung liefen aber zeitgleich mit einem nach Stalins Tod von Moskau ausgehenden Druck, der eine Verbesserung der Lebensbedingungen im Land zum Ziel hatte. Die SED-Führung reagierte zwar am 9. Juni 1953 mit der Verkündung eines „Neuen Kurses“ und dem Versprechen, die Konsumgüterindustrie stärker als

bisher geplant auszubauen, nahm aber die Erhöhung der Arbeitsnormen nicht zurück. aber weder auf die Moskauer Forderungen, noch auf den aufkeimenden Widerstand innerhalb der Bevölkerung, sondern hielt an ihrem Kurs fest.

Erste Demonstrationen als Reaktion auf einen Artikel in der FDGB-Zeitschrift „Die Tribüne“ am 16. Juni richteten sich zunächst gegen den FDGB selbst, dann auch gegen die Regierung. Gegen die These von der westdeutsch-faschistischen Infiltration spricht, dass hier Forderungen vor allem nach Rücknahme der Normerhöhungen und nach Verbesserung der Lebensbedingungen erhoben wurden. Nachdem die Regierung die Forderung nach Gesprächen abgelehnt hatte, riefen die Demonstranten zu Massenprotesten für den nächsten Tag auf.

Diese Demonstrationen griffen von Ostberlin auch auf andere Industriezentren der DDR über. Zu den ursprünglichen wirtschaftlichen Forderungen traten nun als politische Ziele der Rücktritt der Regierung, die Abhaltung freier Wahlen und schließlich die Wiedervereinigung.

Nicht den Tatsachen entspricht weder die Aussage des Textes, dass die SED-Führung durch entschlossenes Auftreten die Demonstrationen beendet hätte, noch die Behauptung, die „Mehrheit der irregeleiteten Werktätigen“ hatte sich von den Initiatoren ab- und der SED-Führung wieder zugewandt. Die Niederschlagung des Aufstandes verdankte die SED-Führung allein dem Eingreifen der sowjetischen Truppen und der Verhängung des Ausnahmezustandes, von den Beteiligten wurden 18 Demonstranten von den Sowjets standrechtlich erschossen, 3 von DDR-Gerichten zum Tode und 1386 zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Der Aufstand es 17. Juni gilt im Westen vor allem wegen der hohen Beteiligung der Industrie- und Bauarbeiter, also gerade der Schichten, die von der SED bevorzugt worden waren, als Volksaufstand und als Ausdruck des Volkswillens gegen das diktatorische Regime der SED um Ulbricht. Der Westen – vor allem die Westmächte, denn die Bundesrepublik wäre dazu weder technisch-militärisch, noch politisch in der Lage gewesen – plante in keinem Augenblick ein Eingreifen, was die „Agenten“-These widerlegt.

